Zusammenstößen mit den Truppen getötet oder an ihren Wunden gestorben 5 Personen, verwundet wurden 8 Personen. Die Zahl der in den Nachbarorten Getöteten ist 10, die der Verwundeten 33.

Der russisch-japanische Krieg.

Gripenberg und Kuropatkin.

Ein Petersburger Telegramm des „Daily Telegr." meldet, Gripenberg werde nach der Rückkehr nach Petersburg vom Zaren in Audienz empfangen werden und 48 Stunden später auf den Kriegsschauplatz zurückkehren, falls nicht unvorhergesehene Umstände diesen Plan ändern sollten. — Wie uns gemeldet wird, rechnen militärische Kreise damit, daß General Gripenberg Kuropatkin ablöst, dessen Stellung für erschüttert gilt.

Aus der Südostmantschurei.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Sachetun: In der Südostmantschurei machten sich in den letzten Tagen Chunchusenbanden, welche Angriffe auf die Bahn beabsichtigten, bemerkbar. In derselben Gegend tauchten japanische Abteilungen auf, die die Chunchusen organisierten; die Gesamtzahl der Chunchusen und Japaner wird auf 11 000 angegeben. Die Japaner scheinen etwa 70 km nordöstlich von Gunschulin gruppiert zu sein, um gegen die Bahnlinie zu operieren. Gegen die Japaner, die die Brücke im Norden von Gunschulin überfielen, war unsererseits eine Abteilung ausgesandt worden, welche zuerst den Feind schlug, dann aber von zwei Reiter-Regimentern, vier Infanterie-Kompagnien und einer großen Chunchusenbande umringt, mit bedeutenden Verlusten, darunter ein Geschütz, zum Rückzug genötigt war. Der Kampf fand etwa 20 km nordwestlich von Gunschulin statt.

Der Schluß der Hullkommission.

Mit großer Feierlichkeit wird der Schluß der Sitzung der Hullkommission in Paris inszeniert. Den Admiralen, die Galauniform tragen, werden Huissiers voranschreiten und folgen. Das Schlußprotokoll wird keine Ueberraschung enthalten. Admiral Roschdjestwenskys Vorgehen wird durch die Umstände für vollkommen erklärlich dargestellt werden.

Russisch-amerikanischer Konflikt wegen des Kreuzers „Lena".

Die Zeitung „Sun" meldet aus Washington: Die Vereinigten Staaten ersuchten Rußland um Aufklärung über die Tatsache, daß drei Offiziere des Kreuzers „Lena", der in San Franzisko im September Zuflucht gesucht und ihr Wort gebrochen hatten, indem sie der Regierung, nachdem sie nach Rußland zurückgekehrt waren, ihre Dienste wieder angeboten hatten. Die Offiziere waren: ein Ingenieur und zwei Marinefähnriche. Die Vereinigten Staaten werden darauf bestehen, daß die Offiziere nach der Insel Mare, in der Bucht San Franzisko, zurückgebracht werden, wo sie gefangen gehalten werden sollen. Der russische Botschafter v. Cassini hatte mit Staatssekretär Hay eine Besprechung wegen der Angelegenheit.

Deutsches Reich.

Leipzig, 17. Februar.

* **Nachträgliches zu den Marinedebatten in der Budgetkommission.** In der Budgetkommission des Reichstages hat der Staatssekretär von Tirpitz den englischen Zivillord der Admiralität Lee als einen Laien bezeichnet und behauptet, er sehe in der Rede Lees nichts von Bedeutung. Ungefähr zu gleicher Zeit hat aber, wie jetzt bekannt wird, jenseits des Kanals der Ministerpräsident den Fleiß, die Geschicklichkeit und die Bedeutung des Zivillords wärmer anerkannt, als dies eigentlich mit den Pflichten der internationalen Höflichkeit vereinbar war. Wir hoffen, daß Herr von Tirpitz die Bedeutung des Vorganges nicht unterschätzt. Es ist jedenfalls ratsamer, dem Gegner zuviel Anerkennung zu gewähren, als sie ihm mit Unrecht zu versagen. Auf das Verhalten des Staatssekretärs dem „Flottenverein" gegenüber haben wir bereits hingewiesen. Herr v. Tirpitz findet mit seinen Ausführungen den Beifall des Abg. Bebel, der ihm das Zeugnis ausstellt, der Staatssekretär habe den Flottenverein ganz richtig charakterisiert. Das sagt genug.

* **An der Annahme der neuen Handelstarifverträge** durch den Reichstag wird wohl nicht gezweifelt. Man hält es auch für sicher, daß die Parlamente der übrigen Kontrahenten ihre Zustimmung erteilen werden. Es ist deshalb darauf zu rechnen, daß Anfangs März nächsten Jahres die neuen Handelsbeziehungen platzgreifen werden. Es werden sich infolgedessen die verschiedensten Arbeiten notwendig machen. Was zunächst Deutschland selbst betrifft, so wird der Bundesrat die letzte Hand an das Amtliche und an das Statistische Warenverzeichnis zum Zolltarif legen müssen, um auch für die Zollbeamten die Ausführung des gleichzeitig mit den neuen Tarifverträgen in Kraft zu setzenden autonomen deutschen Zolltarifs zu erleichtern. Aber auch in anderen Staaten werden sich ähnliche Arbeiten nötig machen. Rußland beispielsweise hat sich, da von der deutschen Handelswelt der Mangel eines russischen Amtlichen Warenverzeichnisses unangenehm empfunden wird, verpflichtet, wenigstens eine Zusammenstellung der Zolltarifentscheidungen, wie sie auch in Frankreich existiert, vorzunehmen und zu veröffentlichen. Spätestens anfangs 1907 wird diese Zusammenstellung fertig sein. Man wird ferner an die Vereinbarung einzelner internationaler Abkommen herantreten. So wird voraussichtlich bald nach dem endgültigen Abschlusse der Handelsverträge die Anwendung der Arbeiterversicherungsgesetze auf die im Gebiete des einen Teils Beschäftigung suchenden Arbeiter des andern Teils zwischen Deutschland und Italien Gegenstand gemeinsamer Erörterungen bilden. Zwischen Deutschland und Rußland werden Versuche zum Abschluß eines Uebereinkommens über den Schutz des Urheberrechts an Werken der Literatur, Kunst und Photographie gemacht werden. Der Zeitraum, in dem dies zu geschehen hat, ist allerdings auf drei Jahre bemessen. Schließlich wird auch der Veredelungsverkehr nach der Schweiz nach dem Inkrafttreten des neuen Vertrages eine Einschränkung insofern erfahren, als der bisher in verschiedenen deutschen Bundesstaaten einzelnen Unternehmern gestattete autonome passive Veredelungsverkehr für Seide zur Herstellung von Beuteltuch nach Innehaltung einer gewissen Uebergangsfrist aufgehoben werden wird. Die neuen Tarifverträge werden also noch auf verschiedenen Gebieten Aktionen in ihrem Gefolge haben.

*

Berlin, 17. Februar.

* **„Deutschlands Handelsbeziehungen zu England"** bildeten das Thema einer Rede, die der in letzter Zeit so viel genannte Sir Thomas Barclay am Freitag in der Berliner Handelskammer hielt. Er betonte darin, er habe gesehen, wie gute Gefühle für England hier herrschen. Die Hauptaufgabe sei, falsche Ansichten, die sowohl hier wie in England vorhanden seien, wegzuschaffen. Dazu müsse die beiderseitige Presse helfen. Wenn gute Beziehungen erzielt seien, müsse man sie durch Verträge festmachen, wie es bereits zwischen England und Frankreich geschehen sei. Um etwas zu erreichen, müsse jeder Teil etwas geben. Geheimer Kommerzienrat Herz dankte dem Redner. Die Mitglieder der Berliner Kaufmannschaft und Plauener Industriekreise traten dann für freundschaftliche Handelsbeziehungen zwischen der deutschen und englischen Nation ein. Ein Regierungsvertreter begrüßte die Bestrebungen Barclays freudig und erklärte, die Deutschen seien friedfertig vom Scheitel bis zur Sohle.

Ueber die Persönlichkeit Barclays dürften folgende Angaben interessieren:

Sir Thomas Barclay ist 1853 in Dumferline in Schottland als Sohn eines Advokaten geboren. Den höheren Unterricht genoß er erst in der Heimat, dann in Dünkirchen und am Johanneum in Hamburg, und nach dem University College in London besuchte er die Universität Jena, wo er Hildebrands Schüler wurde. Frühzeitig war er schriftstellerisch tätig, insbesondere als wirtschaftlicher Mitarbeiter großer Blätter, u. a. der „Times", für die er in dieser Eigenschaft neben Blowitz sieben Jahre lang in Paris tätig war. 1883 löste er seine Verbindungen mit der Presse, um seine Tätigkeit als internationaler Advokat in Paris zu beginnen, wo er bald eine ansehende Kundschaft gewann. Schon seit 1881 war Barclay bestrebt, die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich freundschaftlicher zu gestalten. Er begründete 1884 eine französisch-schottische Gesellschaft für historische Forschung, deren Mitglieder sich gegenseitig in beiden Ländern besuchten. Der britischen Handelskammer in Paris war er 1881 als Direktor und Schriftführer beigetreten, 1897 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden, 1899 zum Ersten Vorsitzenden dieser Körperschaft gewählt. Letztere Wahl erfolgte kurz nach der Entfremdung, die zwischen Frankreich und England infolge des Vorfalls von Faschoda eingetreten war, und nun arbeitete er sowohl in der französischen wie in der englischen Presse gegen diese Stimmung. Er brachte es fertig, daß die Vereinigung der britischen Handelskammern ihre Herbsttagung von 1900 in Paris abhielt, und zwar mit Erfolg. Dadurch ermutigt, trat Sir Thomas ein halbes Jahr später mit dem Vorschlag hervor, Frankreich und England möchten einen Schiedsgerichtsvertrag abschließen. Der Gedanke fand zunächst auf französischer Seite eine beifälligere Aufnahme als in England, aber Sir Thomas mußte noch eifrig in beiden Ländern für seinen Plan kämpfen, ehe er siegreich durchdrang. In ähnlicher Weise will Sir Thomas jetzt in Deutschland und England wirken.

Ob er Glück damit haben wird?

* **Der gemaßregelte Universitätskurator.** In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses teilte der Kultusminister mit, daß die Untersuchung über den Tatbestand eingeleitet sei, der den Vorwürfen zugrunde liege, die dem Kurator der Universität Bonn, von Rottenburg, gemacht worden sind. Bekanntlich hatte letzterer eine Aufforderung zu Sammlungen an die ausständischen Bergarbeiter erlassen. Wie die „Nat.-Ztg." versichert, kommt eine Disziplinaruntersuchung gegen von Rottenburg nicht in Frage. (Erkläre uns Graf Oerindur usw.)

* **Die Weiterberatung der Handelsverträge im Reichstage.** Die zweite Lesung der Handelsverträge im Plenum soll am Montag, 20. d. M., beginnen und am Dienstag abend beendet werden. Ob die dritte Lesung sich gleich anschließen wird, steht nach den „B. N. N." noch nicht fest.

— Der „Staatsanz." veröffentlicht die Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens an den Prinzen Karl von Bourbon, Infanten von Spanien, und an den Fürsten von Bulgarien.

— Die ersten Folgen der neuen Handelsverträge. Für die an den Handelsvertragsverhandlungen beteiligt gewesenen Beamten sind Ordensverleihungen und sonstige Auszeichnungen in Aussicht genommen. U. a. wird Graf Posadowsky eine besonders hohe Auszeichnung und der Staatssekretär Freiherr v. Richthofen, nach dem „L.-A.", den Rang und Titel eines Staatsministers erhalten.

— Ueber den „Genossen" Antrick schreibt der „Vorwärts": „Bürgerliche Blätter teilen mit, daß unser Parteigenosse Antrick infolge von Vorgängen privater Natur (die Blätter deuten an, Antrick habe zur Frau eines sozialdemokratischen Vertrauensmannes in unerlaubten Beziehungen gestanden) von der Parteileitung aufgefordert worden sei, seine Ehrenämter in der Partei niederzulegen. Wir können zu dieser Angelegenheit mitteilen, daß Antrick vor kurzem bereits die Erklärung abgegeben hat, sein Stadtverordnetenmandat niederlegen zu wollen."

*

* **Nachwehen des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet.** Die Siebenerkommission befaßte sich am Freitag mit der Frage der Unterstützung der Gemaßregelten, deren Zahl noch nicht festgestellt ist. Es wurde beschlossen, daß jeder Verband aus eigenen Mitteln seine gemaßregelten Mitglieder unterstützen soll. Die Höhe der Unterstützung beträgt überall 12 und 16 ℳ pro Woche. Der christliche Gewerkverein hat seine Ausschußmitglieder auf den 26. Februar zu mehreren Bezirkskonferenzen berufen, auf denen die Lage nach dem Streik besprochen werden soll. Wie dem „L. T." nachträglich bekannt wird, hat die Leitung der Verbände schon am 2. Februar den Vertrauensleuten mitgeteilt, daß der Streik wegen Mangels an Mitteln beendet werden müsse.

* **Breslau,** 17. Februar. Die dem Grafen Henckel v. Donnersmarck gehörige, im Rybniker Kreise belegene Redengrube ist infolge des Ausstandes geschlossen worden. Sie soll nach einer Bekanntmachung der Verwaltung vorläufig außer Betrieb bleiben. Die nicht am Ausstand beteiligten Arbeiter sollen bei dem Hillebrandschacht eingestellt werden.

* **Mannheim,** 17. Februar. Der Streik der Kohlenarbeiter hier und in Ludwigshafen, an dem etwa tausend Mann beteiligt waren, ist beendet. Die Ausständigen haben die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen.

* **Karlsruhe,** 17. Februar. Der Generaladjutant des Großherzogs von Baden, Generalleutnant v. Müller, ist von seiner Reise nach Berlin, wo er vom Kaiser empfangen wurde, zurückgekehrt und vom Großherzog zur Berichterstattung empfangen worden. Wie die „Südd. Korr." erfährt, soll die Reise im Zusammenhang stehen mit bevorstehenden Veränderungen in den obersten Stellen der Militärverwaltung.

* **Stuttgart,** 17. Februar. Die Finanzkommission der Abgeordnetenkammer nahm mit 9 gegen 6 Stimmen einen Antrag an, den Waisenhausplatz als den geeignetsten für die Erbauung eines neuen Hoftheaters zu erklären und die Regierung zu ersuchen, mit der Stadt Stuttgart wegen Leistung eines städtischen Beitrages zu den Kosten des Baues in Verhandlungen zu treten. Die Beitragspflicht des Staates wurde auf 3,7 Millionen berechnet, so daß von der Stadt noch ein Betrag von 800 000 zu tragen wäre.

Deutscher Reichstag.

Aus den Kommissionen.

⊙ **Berlin,** 17. Februar. (Telegr.)

Die Budgetkommission bewilligte im Marineetat gemäß dem Antrage des Referenten Thünefeld statt der von der Regierung geforderten 12 nur 8 neue Baumeister und statt 7 nur 4 Werkmeister. Gegenüber der Bemerkung Leonhardts, daß auf den Werften die Arbeiter leichthin im Ueberfluß angenommen, dann aber ebenso leicht entlassen werden, erklärte Staatssekretär v. Tirpitz, die letzte Arbeiterentlassung sei seit Jahren wieder einmal vorgekommen; er habe dabei selbst sofort mildernd eingegriffen. Gegenüber Bebel führt Tirpitz aus, er sei seit Jahren bemüht, die Arbeiterfrage allseitig zu durchforschen. Admiralitätsrat Harms legt die historische Entwicklung der Wohlfahrtseinrichtungen auf den Werften dar. Die Verwaltung gehe ganz systematisch vor, um zu besseren Verhältnissen zu gelangen.

Die Handelsvertragskommission setzte die Beratungen der Resolution Speck, betreffend die Einführung der Deklarationspflicht für verschnittene Weine mit dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge fort. Graf Posadowsky riet von der Annahme der Resolution ab. Die Deklarationspflicht würde praktisch schwerlich den erwarteten Erfolg haben, da der Verschnitt chemisch nicht nachweisbar sei, und für die Produzenten würde sich die Gefahr ergeben, daß der Wein schon verschnitten eingeführt werde. Die Resolution wurde abgelehnt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung (vor der Abstimmung) beriet die Kommission eine Resolution Heyl zu Herrnsheim, die den Reichskanzler ersucht, das Meistbegünstigungsverhältnis zu jenen Ländern zu lösen, bei denen erfahrungsgemäß ein solches Verhältnis den deutschen Interessen nachteilig gewesen sei, und darauf hinzuwirken, daß mit solchen Ländern reine Meistbegünstigungsverträge nicht mehr abgeschlossen werden. Heyl zu Herrnsheim begründet die Resolution, wobei er unser Verhältnis zu den europäischen Ländern, sowie Argentinien und die ungünstige Lage unseres Handels mit den Vereinigten Staaten bespricht und bemerkt, die Resolution berühre das eine besondere Sache bildende Verhältnis zu England und den Kolonien nicht. Staatssekretär v. Posadowsky gibt darauf längere vertrauliche Darlegungen, auf welche eine vertrauliche Diskussion folgt, deren Ergebnis die Zurückziehung der Resolution ist.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

⊙ **Berlin,** 17. Februar. (Tel.)

Das Haus nahm die Beratung der gestern an eine Kommission zurückverwiesenen Vorlage betr. Maßregeln zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse der oberen und mittleren Oder wieder auf und nahm dieselbe nach längerer Erörterung in der Fassung des Abgeordnetenhauses mit der Modifikation zu § 7, daß die Gemeinden berechtigt sein sollen, die Grundeigentümer zu den Kosten heranzuziehen, soweit diese durch die Maßregeln Vorteil haben, an. Hierauf wurden die Kommissionsberichte durch Kenntnisnahme und Petitionen größtenteils durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, worauf sich das Haus vertagte. Nächste Sitzung voraussichtlich am 18. März.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Der Don Quixote des Abgeordnetenhauses.** Bei der Beratung der Refundierungsvorlage kam gestern Graf Sternberg auf die Vorfälle im Hause zu sprechen. Vom Präsidenten mehrmals ermahnt, zur Sache zu kommen, wurde ihm endlich das Wort entzogen. Sternberg appellierte an das Haus. Dieses gestattete ihm, weiterzusprechen. Sternberg fuhr fort, über andere Gegenstände zu sprechen und forderte den Ministerpräsidenten auf, die Ehre der Mitglieder des Kaiserhauses zu schützen, wobei er an den Fall der Gräfin Montignoso erinnerte. Der Ministerpräsident Gautsch erklärte, es sei selbstverständlich, daß die Regierung der Wahrung des Schutzes der Ehre des Kaiserhauses ihre Pflicht nach jeder Richtung erfüllen werde, dazu bedürfe es keiner Aufforderung. Er möchte aber an das Haus die Frage stellen, ob die Art und Weise, wie Sternberg dies getan, geeignet sei, die Ehre des Kaiserhauses zu schützen. Wir werden unsere Pflicht erfüllen, bitten aber das Haus, selbst zu sorgen, daß derartige Dinge nicht in solcher Art behandelt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Im weiteren Verlaufe der Debatte teilte der Vizepräsident Kaiser mit, daß Präsident Vetter seine Entlassung gebe, da das Haus entgegen seiner nach zweimaliger Ermahnung Sternbergs ausgesprochenen Wortentziehung beschlossen habe, ihn weitersprechen zu lassen. Die Vorlage wurde angenommen.

* **Die Reste der Epoche Tisza.** Die erste Sitzung des neuen Abgeordnetenhauses wird nach einer Pester Meldung vom Alterspräsidenten Madarasz eröffnet. Apponyi und Kossuth werden beim Erscheinen von den Mitgliedern der koalisierten Opposition stürmisch begrüßt. Der Alterspräsident erklärt, der Beschluß des früheren Reichstags bezüglich der Hausordnung sei ungesetzlich, er werde gemäß der alten Hausordnung die Beratungen leiten.

Frankreich.

* **Der Fall des Bischofs Lenordez.** Wie aus Paris gemeldet wird, forderte der Kultusminister kürzlich den Bischof von Dijon, Lenordez, auf, zwei neue Generalvikare zu ernennen an Stelle der beiden Vikare, deren Abberufung von der Regierung genehmigt wurde. Lenordez schlug der Regierung zwei Vikare vor, die sich mit der Ernennung einverstanden erklärten.

Türkei.

* **Ein außerordentliches Gericht für Ueskük.** Zur wirksamen Bekämpfung des Bandenunwesens und der damit zusammenhängenden fortdauernden Mordtaten im Wilajet Ueskük wurde nach dem Muster des in Salonik und Monastir bereits befindlichen außerordentlichen Gerichts auch in Ueskük ein Gericht eingesetzt, welches weitere Instanzen nicht mehr über sich hat und dessen Urteile binnen 24 Stunden vollstreckt werden. Unter den 7 Mitgliedern des Gerichts befinden sich der christliche Zivil-Adlatus, zwei mohamedanische und zwei christliche Gerichtsbeisitzer.

* **Die Beratungen der vier Kreta-Mächte.** Nach einem offiziösen Telegramm sind die Verhandlungen der vier Kreta-Garantie-Mächte im Anschluß an das dem Prinzen Georg im September 1904 vorgelegte Memorandum beendet und die folgenden finanziellen und anderen Maßnahmen beschlossen worden: Die Zinsen der von den Garantiemächten vorgestreckten vier Millionen Francs werden weitere fünf Jahre gestundet und die Verwendung der dreiprozentigen Surtaxe zur Verzinsung und Amortisation der Indemnitätsanleihe bewilligt, dagegen die strikte Neutralität abgelehnt. Die Mittel für die notwendig gewordenen Ausgaben sollen erst durch eine Anleihe beschafft werden, vorher sollen die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch Sachverständige geprüft werden. Die Garantiemächte werden mit der Erklärung, daß sie keine selbständigen Interessen auf Kreta verfolgen und gegebenenfalls diesbezüglichen Bestrebungen entgegentreten würden, einen Teil ihrer Truppen sofort und den Rest nach einiger Zeit zurückberufen, sodaß nur ihre Stationsschiffe dort verbleiben.

Serbien.

* **Die Herren Verschwörer.** Auf der Redaktion der „Pravda", welche die Bestrafung der Königsmörder fordert, erschienen, wie die „Frkf. Ztg." aus Belgrad meldet, zwei Offiziere aus der Verschwörergruppe und verlangten Aufklärung, ob sich die beleidigenden Ausdrücke im Blatte über „unverantwortliche Faktoren" auf die Verschwörer beziehen. Die Redakteure verweigerten jede Aufklärung und verwiesen die Offiziere auf den Rechtsweg. Sie forderten den Eigentümer des Blattes, den früheren Kultusminister Marinkowitsch, der Reservehauptmann ist. Dieser nannte seine Zeugen. Beide Offiziere wurden im Artikel der „Pravda" Räuber genannt.

* **Rechtfertigung des serbischen Finanzministers.** Die Skupschtina nahm gestern mit 73 gegen 48 Stimmen Kenntnis von der Antwort des Finanzministers auf die Interpellation des Jungradikalen Lazarewitsch bezüglich verschiedener Mißbräuche der Staatsmonopolverwaltung und ging dann, einem Antrag des Finanzministers entsprechend, zur einfachen Tagesordnung über.

Indien.

* **Der chinesische Kommissar für die Tibetaffäre.** Aus Kalkutta wird vom Freitag gemeldet, daß Tangschaoyi, der als chinesischer Kommissar mit der indischen Regierung über das Abkommen wegen der Zustimmung der chinesischen Regierung zum Tibetvertrag verhandeln soll, dort eingetroffen ist.

Gerichtssaal.

= **Glogau,** 17. Februar. Das Kriegsgericht der 9. Division hatte den Major Zimmermann, früher Hauptmann im 58. Infanterieregiment, zu acht Monaten Gefängnis und Ausstoßung aus dem Heere verurteilt, weil er in die Schießbücher die schlechten Schüsse nicht eintragen ließ, um für seine Kompagnie zum zweiten Mal den Kaiserpreis zu erringen. Das Oberkriegsgericht in Posen hob, wie die „Voss. Ztg." mitteilt, das Urteil auf und erkannte auf sechs Monate Festungshaft.

Feuilleton.

Musik.

△ **Prof. Panzner, Dirigent der Bremer philharmonischen Konzerte,** begibt sich heute nach New-York, um dort ein großes Orchesterkonzert zu dirigieren. Für das nächste Bremer philharmonische Konzert am 28. Februar ist der „Voss. Ztg." zufolge Kapellmeister Fiedler-Hamburg gewonnen worden.

C. B. **Ueber Felix Weingartners Ankunft in New York** liest man in der „New Yorker Staats-Zeitung" vom 2. Februar: Weingartner hat diesmal seine junge Frau, ein Münchner Kind, mitgebracht, und obwohl der Aufenthalt des Paares kaum drei Wochen währen wird, freut sich Frau Weingartner doch sehr auf die Sehenswürdigkeiten, die ihrer in der Neuen Welt harren. Auch der Kapellmeister sieht mit großen Erwartungen seiner diesjährigen Konzerttour entgegen — munkelt man doch allerhand über Engagements, die ihm entweder schon angetragen worden sind oder noch angeboten werden sollen. „Ich bin sehr gern wieder nach Amerika gekommen, und ich freue mich ungemein auf meine Konzerte. Ich habe bei meinem ersten Hiersein nur Angenehmes erlebt und hoffe, daß ich auch diesmal nur freundliche Eindrücke mit mir nehmen werde." Also sprach Weingartner zu einem Vertreter der „Staatszeitung", während er auf dem Dock auf die Zollbeamten wartete. Er plauderte über die Seefahrt, die sehr günstig verlaufen war, über Reisebekanntschaften und sonstige Ereignisse, nur nicht über das, was seine New Yorker Verehrer — und deren Zahl ist Legion — gern wissen möchten: ob ein vorläufig noch in der Luft schwebendes Projekt, ihn an die Metropole zu fesseln, seine Billigung finde. Ehe Weingartner Gelegenheit hatte, sich über diese Frage zu äußern, legte sich sein Geschäftsführer ins Mittel. Der „Menager" nahm den Kapellmeister auf einige Minuten bei Seite, und als er ihn freigab, hatte Weingartner nichts mehr über seine Zukunftspläne zu sagen. Er ermächtige jedoch den Zeitungsmann, alle Gerüchte über ein event. Engagement am Metropolitan Opera House oder irgend einen anderen Dirigentenposten zu dementieren. „Ich stand weder mit Herrn Conried noch mit Geschäftsleitungen von Orchestervereinigungen in Unterhandlung", sagte Weingartner. „Ich werde während meiner Anwesenheit in Amerika nur zwei Konzerte und zwei Hauptproben der New Yorker Philharmonischen Gesellschaft, sowie ein Konzert in Philadelphia dirigieren. Mit Kneisel spiele ich in Boston, und zwar werde ich dort ein neues Sextett, eigene Komposition, vortragen." Man erzählt sich, daß von gewisser Seite große Anstrengungen gemacht werden, um für Weingartner ein ständiges Orchester in New York zu begründen. Das sind jedoch nur Gerüchte, deren Verwirklichung vorläufig wohl kaum zu erwarten ist.

* **Graf Bolko Hochberg zum Streit Mascagni—Leoncavallo.** Aus Rom kommt die folgende interessante Nachricht: Dem Berliner Vertreter des Römischen Blattes „Tribuna", Herrn Wolfgang Wichmann, wurde auf seine Anfrage bezüglich des zwischen Mascagni und Leoncavallo ausgebrochenen Streites, wem von ihnen beiden die Vertonung des „Roland von Berlin" zuerst angeboten worden sei, von dem früheren Generalintendanten Grafen von Hochberg folgender Bescheid: „Geehrter Herr! Auf Ihre gefällige Anfrage betreffend den „Roland von Berlin" erwidere ich ergebenst folgendes: Ich entsinne mich nicht, daß vor dem 17. Februar 1894, dem Termin der Erstaufführung der „Medici" im Königlichen Opernhause zu Berlin, von mir oder dem verstorbenen Direktor, Geheimen Regierungsrat Pierson, zu irgend jemand auch nur ein Sterbenswort über den „Roland von Berlin" gesprochen worden wäre, aus dem einfachen Grunde, weil vor dem genannten Zeitpunkte von dem „Roland von Berlin" als Oper überhaupt nie die Rede war. Nachdem bei der Aufführung der „Medici" Se. Majestät der Kaiser Herrn Leoncavallo besonders ausgezeichnet, sprach mir dieser den Wunsch aus, eine Oper speziell für Berlin und zwar nach einem von Seiner Majestät zu bezeichnenden Stoff zu komponieren. Diesen Wunsch trug ich Seiner Majestät vor, und es wurde der „Roland von Berlin" bestimmt. Mit vollkommener Hochachtung ganz ergebenst (gez.) Bolko Graf v. Hochberg." (So wird die Sache immer bunter und verwickelter. Also ein „Angebot" von Seiten Preußens an Italien hat nicht stattgefunden, sondern das Gegenteil. Wenigstens entsinnt sich Graf Hochberg nicht. Haben nun die beiden italienischen Kollegen das bessere Gedächtnis, oder die regere Phantasie? Ich glaube, nächstens wird der „Roland von Berlin" gleich seinem berühmten Namensvetter von Bremen aus seiner Grabesruh auferstehen, mit den mächtigen steinernen „Stiefeln" unmutig aufstampfen und den Entrüstungsruf ausstoßen: Kerls, wenn ihr mich nun nicht bald in Ruhe laßt, so zeige ich bedeutungsvoll mit meinem linken auf meinen rechten steinernen Handschuh! Im Falle dieser in Bewegung tritt, wird euch Renommieren, Dramatisieren, Dementieren und schließlich auch das Komponieren auf geraume Zeit vergehen. Die Red.)

Wissenschaft.

△ **Englisches und deutsches Studentenleben.** Hans von Lindeiner-Wildau, einer der Rhodes-Stipendiaten an der Universität Oxford, veröffentlicht im „Cornhill-Magazine" einen Artikel über „Das Leben eines englischen Nichtgraduierten", der eine interessante Parallele zwischen dem englischen und deutschen Studentenleben zieht. „Das Leben eines englischen Studenten", schreibt er, „ruht auf einer ganz anderen Grundlage als das des deutschen Studenten. Wenn der deutsche Student von der Schule auf die Universität kommt, wird er sogleich sein eigener unumschränkter Herr und erkennt kaum jemanden an, der ihm etwas zu sagen hat. Proktoren (Beamte der Universitäten Oxford und Cambridge, die auf Ordnung zu sehen haben), amtliche Begleiter und Protokolle über das Ausbleiben der Studenten über die gesetzliche Zeit sind in Deutschland unbekannt. Das hat natürlich seine großen Schattenseiten, denn ich glaube, daß nur ein kleiner Bruchteil der jungen Studenten alt und erfahren genug ist, um in jedem Fall entscheiden zu können, was gut oder schlecht ist. Aus meiner eigenen Erfahrung kenne ich sehr viele Fälle, in denen junge Studenten den Versuchungen des studentischen Lebens unterlegen sind, nicht infolge schlechter Anlagen oder aus Mangel an Charakter, sondern weil sie zu jung und unerfahren waren, um den ganzen Umfang der Gefahren beurteilen zu können. Diese völlige Unabhängigkeit und Freiheit des deutschen Studenten ist das gerade Gegenteil der strengen Disziplin, der sich der englische Student unterziehen muß. Das studentische Leben in England erinnert mehr an das Leben in unseren großen öffentlichen Schulen als an das in unseren Universitäten. Nur widerstrebend konnte ich mich entschließen, morgens beim Namensaufruf zu erscheinen, und wenn die fröhlichste Bridgegesellschaft um 11½ Uhr abends aufbrechen mußte, erweckte dies oft nicht die angenehmsten Gefühle in uns. Das sind natürlich nur Kleinigkeiten, und doch glaube ich, daß in diesen Verboten und Beschränkungen der englischen Nichtgraduierten ernstliche Gefahren lauern. Ich sprach über diesen Punkt des öfteren mit meinen englischen Gefährten, und sie teilten meine Ansichten darüber. Die englischen Nichtgraduierten bleiben während ihrer Universitätszeit größtenteils in Unkenntnis des wirklichen Lebens und seiner Gefahren. Sobald sie dann nachher ins Leben getreten sind und auf eigenen Füßen stehen, befinden sie sich unbekannten und ungewohnten Wirklichkeiten und Versuchungen gegenüber. Gleichzeitig fehlt ihnen dann aber die Beschränkung und Aufsicht durch die Freundschaften, die sie auf der Universität genossen. Wäre es nicht besser für die Charakterentwicklung und Lebenserfahrung, wenn sie in etwas engere Berührung mit dem wirklichen Leben gebracht würden?"

F. H. **Schutzimpfung gegen Cholera.** In Ländern, wo in den letzten Jahren die Cholera epidemisch aufgetreten ist, hat man versucht, durch Schutzimpfungen auf die Krankheit ebenso einzuwirken, wie man die Pocken durch Impfung erfolgreich bekämpft hat. Ein japanischer Gelehrter Prof. R. Murata berichtete kürzlich über eine im großen vorgenommene aktive Immunisierung eines Teils der Bevölkerung im südlichen Japan gelegentlich einer mit großer Heftigkeit auftretenden Cholera-Epidemie. In 61 Orten und Kreisen wurde der zehnte Teil der Gesamtbevölkerung geimpft, nämlich ca. 80 000 Personen. Unter den Nichtgeimpften erkrankten 0,13 Proz., unter den Geimpften nur 0,06 Proz. Die Sterblichkeit der ohne Impfung Erkrankten betrug 75 Proz., während von den immunisierten Personen nur 42,5 Proz. starben. Wenn man bedenkt, daß dies nur erste Versuche darstellt, deren Ergebnisse neue Fingerzeige zur Vervollkommnung der Schutzimpfung selbst sind, so kann man hoffen, daß in absehbarer Zeit die Cholera-Epidemien ihren Schrecken fast ganz verlieren. Der japanische Gelehrte hebt besonders hervor, daß die Schutzimpfung bemerkenswerte nachteilige Folgen für die Geimpften nicht gehabt hätte.

SLUB
Wir führen Wissen.